

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 1/2023

30. Januar

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

mit unserer traditionellen Jahresauftaktklausur sind wir als Fraktion gut ins neue Jahr gestartet. Wir haben über die Vorhaben der kommenden Monate konstruktiv beraten und wichtige Beschlüsse auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit unseren Gästen haben wir zentrale Fragen unserer Zeit in den Blick genommen: Wie können wir Familien, Kinder und Jugendliche nach zwei Jahren Corona-Pandemie weiter unterstützen? Was muss passieren, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden? Wie kann die Industrie europaweit gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden? Und welche Ansätze sind in der Außen- und Sicherheitspolitik notwendig? Diese Impulse werden wir nun gemeinsam in die Arbeit mit unseren Koalitionspartnern einbringen, um so weiter für Fortschritt in unserem Land zu sorgen.



Ein Thema hat besonders Eltern in den letzten Wochen und Monaten umgetrieben: der Mangel an bestimmten Medikamenten wie beispielsweise Fieber- und Hustensaft. Damit sich die Lage kurzfristig entspannt, setzen die Krankenkassen die sogenannten Festbeträge für 180 Medikamente für drei Monate aus. Das bedeutet, dass die Hersteller mehr Geld für diese Arzneimittel erhalten können. Zudem hat unser Gesundheitsminister Eckpunkte für strukturelle Verbesserungen bei der Arzneimittelversorgung vorgelegt. Künftig sollen Krankenkassen deutlich höhere Kosten als heute übernehmen können, damit sich Lieferungen nach Deutschland mehr lohnen. Zudem soll die Produktion von Arzneimitteln in der EU gestärkt werden, indem zuverlässige europäische Hersteller bei Vertragsabschluss bevorzugt werden.

Digitalisierung, demografischer Wandel, Dekarbonisierung – das sind die großen Treiber beim Umbau unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität. Durch den Strukturwandel fallen in einigen Branchen und Regionen Arbeitsplätze weg, während andernorts dringend Fachkräfte gesucht werden. Zudem wird unsere Gesellschaft immer älter. Bereits heute finden viele Unternehmen nicht genug Mitarbeiter:innen. Im Oktober hat die Bundesregierung deshalb eine Fachkräftestrategie auf den Weg gebracht, die wir in dieser Woche im Bundestag beraten. Uns geht es darum, in Deutschland mehr Potenziale zu heben, etwa durch mehr Weiterbildung und eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung. Zugleich wollen wir Einwanderung fördern. Geschürte Ressentiments über Menschen mit Migrationshintergrund schaden vor allem der Attraktivität Deutschlands für ausländische Arbeitskräfte. Die Wahrheit ist: Wir sind ein Einwanderungsland. Und wir wollen es auch sein!

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Europa ist nur dann erfolgreich, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam an einem Strang ziehen. Beide Länder haben dies früh erkannt, als sie am 22. Januar 1963 den Élysée-Vertrag unterzeichneten. In der letzten Woche jährte sich die Unterzeichnung zum 60. Mal. Mit einer vereinbarten Debatte im Bundestag haben wir die deutsch-französische Freundschaft als Motor der europäischen Integration bekräftigt.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Johannes

Terminauswahl

| 3. Februar | 16:00 Uhr |

Veranstaltung zu Demokratieförderung mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Hameln

| 4. Februar | 14:00 - 16:00 Uhr |

Kreisjugendfeuerwehrtag in Coppenbrügge

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Rede im Bundestag
— Gespräch zur Lage der unabhängigen Medien in Georgien
- Seite 3** — 100 Jahre SPD Bodenfelde
— Kindermesse in Uslar
- Seite 4** — Besuch von Apotheken
- Seite 5** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 6** — Zwei Praktikanten im Wahlkreisbüro
— Wahlrechtsreform
- Seite 7** — Besuch der Bahnhofsmmission Hameln

Ihr findet mich auch bei:



REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZU BELARUS



aber auch anderer belarus-sischer Oppositionelle. Mir ist an dieser Stelle ganz wichtig, auch nochmal darauf hinzuweisen, dass wir den vielen politischen Gefangenen in Belarus helfen müssen. Nach aktuellen Zahlen sind mindestens 1240 Menschen aus politischen Gründen in Haft – Tendenz leider weiter steigend. Ich habe seit 2020 die Patenschaft für Pawel Juchnewitsch aus der oppositionellen Gruppe „Europäisches Belarus“ übernommen. Er sitzt seit

In der letzten Woche habe ich eine Rede im Plenum gehalten. Das Thema war: "Belarus in die europäische Völkerfamilie zurückführen – Den Freiheitswillen der Menschen unterstützen". Ich habe deutlich gemacht, dass die Unterstützung der Ukraine auch für die Zukunft von Belarus von entschei-

dender Bedeutung ist. Ohne die Unterstützung von Putin haben Lukashenko und sein Regime keine Chance. Die belarussischen demokratischen Kräfte sollten jedoch weiter unterstützt werden, diejenigen in Belarus und im Ausland. Dazu gehört die Unterstützung des Büros von Svetlana Tichanowskaja,

September 2020 in Haft. Deshalb rufe ich das belarussische Regime noch mal dazu auf: Lassen Sie Pawel und die anderen ungerechtfertigt einsitzenden Inhaftierten in Belarus frei!

[Hier könnt Ihr die Rede sehen.](#)

GESPRÄCH ZUR LAGE DER UNABHÄNGIGEN MEDIEN IN GEORGIEN



Im Rahmen einer Veranstaltung von Libmod habe ich zur Lage der unabhängigen Medien in Georgien Gespräche geführt. Die Angriffe auf unabhängige Medien im Lande zeigen, dass es durchaus Probleme mit der demokrati-

schen Entwicklung in Georgien gibt. Das bereitet uns Sorgen und stellt massive Hindernisse auf dem Weg Georgiens zu einem EU-Kandidatenstatus. Ein Beispiel davon ist die politisch motivierte Inhaftierung

von Nika Gvaramia, des Gründers und Journalisten des oppositionellen TV Senders Mtavari. Nika Gvaramia muss sofort freigelassen werden - ohne wenn und aber.

100 JAHRE SPD BODENFELDE



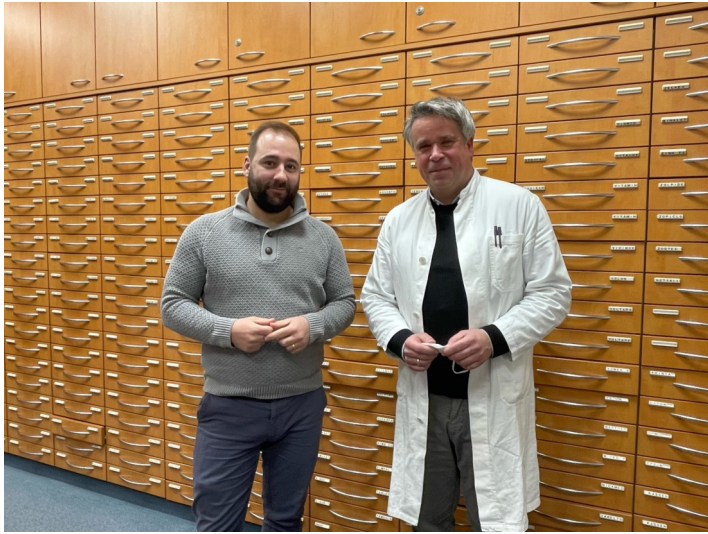
Viele SPD Ortsvereine in meinem Wahlkreis haben in den vergangenen Jahren ihr Jubiläum feiern können. So nun auch der Ortsverein Bodenfelde, der mit einer 100-jährigen Geschichte aufwarten kann. Mit einem Grußwort stimmte uns die Vorsitzende Anne Kraus auf die Feierstunde ein. Im Anschluss daran hat uns der Historiker Wolfgang Schäfer mit der Vergangenheit von Bodenfelde und der SPD vertraut gemacht. Das beschauliche Örtchen gewann mit einem nahegelegenen Anschluss an das Eisenbahnnetz an Bedeutung. Einer der größten Arbeitgeber war unter anderem die Käserei. Frauen verdienten sich als Dienstmädchen ein mageres Gehalt bei den höher gestellten Familien des Dorfes. Denn Bodenfelde war geteilt in eine arme und eine reiche Arbeiterschicht. Aus der bereits im späten 19. Jahrhundert entstandenen Sozialdemokratischen Ar-

beiterpartei erwuchs Anfang des 20. Jahrhunderts aufgrund der ansässigen Arbeiter auf bessere Arbeitsbedingungen auch in Bodenfelde der erste Ortsverein der SPD. Das genaue Gründungsdatum ist nicht bekannt, doch Ort und Jahr der ersten Sitzung sind überliefert: Im Jahr 1922 im heutigen Heimatmuseum, welches damals wohl noch eine Scheune war. In genau diesem Gebäude fand passender Weise auch die Veranstaltung statt. Schäfer beschrieb in seinem Vortrag des weiteren auch die Probleme und die Verfolgung der SPD durch die Nationalsozialisten und ihre Neugrün-

dung nach dem Fall des Dritten Reiches. Auch ihre Erfolgsgeschichte und beeindruckenden Wahlergebnisse kamen zur Sprache. Nach dem Vortrag habe ich und meine Kollegin Frauke Heiligenstadt sowie der Landtagskollege Rene Kopka Grußworte gehalten. Nach der Veranstaltung kam ich mit einigen sehr netten Bürgern und einigen Genossinnen und Genossen ins Gespräch. Wie immer war es eine Freude, mehr über die Geschichte des Ortes und die der SPD in meinem Wahlkreis zu erfahren und mich mit Genossinnen und Genossen auszutauschen.



BESUCH VON APOTHEKEN IM WAHLKREIS



Versicherten, staatlich festgelegt sind. Auch die Versorgung mit Medikamenten, insbesondere von Fiebersäften für Kinder und Arzneien für Krebspatienten ist zur Zeit problematisch. Wir sind uns jedoch bewusst,

In den letzten Wochen haben mich verschiedene Apotheken im Wahlkreis telefonisch und schriftlich zur Medikamentenversorgung und zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz kontaktiert. Dies habe ich zum Anlass genommen drei Apotheken im Wahlkreis zu besuchen. Bei der Ring Apotheke in Hameln, der Weser Apotheke in Boffzen und der Rosen Apotheke in Holzminden konnte ich mir ein Bild vor Ort zu machen. Denn auch die Apotheken leiden unter der jetzigen Inflation, den Kostensteigerungen im Energiebereich, den Rabattkürzungen der Pharmaindustrie und des pharmazeutischen Großhandels. Alle Beteiligten der Lieferkette können ihre gestiegenen Kosten an die Apotheken weitergeben, nur die Apotheken müssen am Ende dieser Kette sämtliche Kosten tragen und können diese nicht auf die Packungen umlegen, da ca. 80% der verkauften Packungen, nämlich die verschreibungspflichtigen Arzneimittel für die

dass die Problematik nicht auf Fiebersäfte beschränkt ist. Deren eingeschränkte Verfügbarkeit, aber auch von Antibiotika und wichtigen Krebsarzneimitteln unterstreicht eindringlich, dass wir Lieferengpässe entschieden und nachhaltig mit gesetzlichen Maßnahmen bekämpfen müssen. Unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat daher Eckpunkte für

ein Gesetz zur Vermeidung von Lieferengpässen von Arzneimitteln vorgestellt. Er ergreift strukturelle Maßnahmen, die sowohl die Preisbildung von patentfreien Arzneimitteln als auch



den Austausch von wirkstoffgleichen Arzneimitteln in Apotheken betreffen.



THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Umweltauswirkungen von Kunststoffen verringern

Ob in Verpackungen, Textilien oder Maschinen: Kunststoffe werden in der Gesellschaft und Wirtschaft vielfältig angewendet. Immer häufiger kommen sie jedoch in kurzlebigen Produkten zum Einsatz, die häufig nicht wiederverwendet und unsachgemäß entsorgt werden. Mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt: Kunststoffe machen rund drei Viertel der weltweiten Meeresverschmutzung aus.

Die Bundesregierung bringt deshalb einen weiteren Gesetzentwurf zur Umsetzung der im Juni 2019 auf EU-Ebene beschlossenen Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt in den Bundestag ein. Mit diesem Gesetz wird die Verantwortung der Hersteller für bestimmte Kunststoffprodukte erweitert. Darunter fallen Zigarettenfilter, Getränkebecher sowie Verpackungen von Lebensmitteln zum Sofortverzehr, die typischerweise auf Plätzen, Gehwegen oder Parks als Abfall landen. Zentrales Element des Entwurfs ist die Einrichtung eines Einwegkunststofffonds beim Umweltbundesamt, in den Kunststoffhersteller eine Einwegkunststoffabgabe einzahlen. Mit dieser Abgabe werden Sammlung und Entsorgung der aus den Produkten entstehenden Abfälle im öffentlichen Raum finanziert, die bislang von der Allgemeinheit getragen werden. Die Höhe der Abgabe orientiert sich an der auf dem Markt bereitgestellten oder verkauften Menge an Einwegkunststoffprodukten. Die Höhe der auszahlenden Fondsmittel an Kommunen wiederum richtet sich nach den erstattungsfähigen Leistungen. Des Weiteren wird eine Einwegkunststoffkommission eingerichtet. Sie besteht aus Vertreter:innen der Hersteller und Anspruchsberechtigten, der privaten Entsorgungswirtschaft sowie der Umwelt- und Verbraucherverbände und hat eine beratende Funktion.

Mehr Rechtssicherheit bei der Umwandlung von Unternehmen

In dieser Woche beraten wir abschließend den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie über grenzüberschreitende Umwandlungen von Unternehmen. Für grenzüberschreitende Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechsel von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung führen wir ein kohärentes Rechtssystem ein, das den unionsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Die Rechte der Minderheitsgesellschafter werden vereinheitlicht. So steht das Spruchverfahren, bei dem Minderheitsaktionäre etwa die Höhe von Ausgleichs- und Abfindungszahlungen vor Gericht überprüfen lassen können, künftig allen Minderheitsgesellschaften zur Verfügung. Ebenfalls wird ein rechtssicheres und europaweit kompatibles Verfahren eingeführt, bei dem die beteiligten Handelsregister digital miteinander kommunizieren.

Für uns ist besonders wichtig, dass durch die Umsetzung der Richtlinie die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer:innen gewahrt bleiben. Deshalb haben wir die Prüfung, ob eine Umwandlung aus missbräuchlichen Gründen praktiziert wird, in den Fokus gerückt: Registergerichte müssen künftig einen Umwandlungsprozess tiefgehend prüfen, wenn bestimmte Merkmale vorliegen. Dazu können sie auch Gewerkschaften anhören. Zudem haben wir durchgesetzt, dass Arbeitnehmer:innen bei grenzüberschreitenden Umwandlungen ihres Unternehmens von ihrem Arbeitgeber frühzeitig und umfassend informiert werden, um ihre Rechte effektiv wahrnehmen zu können.

Verwaltungsgerichtliche Verfahren beschleunigen

Verwaltungsgerichtliche Verfahren über besonders bedeutsame Infrastrukturvorhaben dauern aufgrund

ihrer Komplexität häufig besonders lange. Ihre Beschleunigung ist aber dringend notwendig, um die Energiewende voranzutreiben, also beispielsweise die erneuerbaren Energien und Stromnetze auszubauen. Auch unabhängig von der Energiewende müssen diese Gerichtsverfahren schneller werden, um unsere Verkehrsinfrastruktur erneuern zu können.

Der Bundestag berät deshalb in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich. Der Entwurf sieht vor, die Dauer dieser Verfahren zu Vorhaben mit einer hohen wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Bedeutung weiter zu reduzieren. Die Rechte der Beteiligten sollen hierbei gewahrt und die Effektivität des Rechtsschutzes nicht beeinträchtigt werden. Hierfür sieht der Entwurf Sonderregelungen für Verfahren vor, für die bereits in erster Instanz die Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe oder das Bundesverwaltungsgericht zuständig sind.

Vorgesehen ist für solche Verfahren unter anderem ein Vorrang- und Beschleunigungsgebot, um eine bevorzugte Behandlung gegenüber anderen Verfahren zu gewährleisten. Durch die Verschärfung und Ausweitung der innerprozessualen Präklusion sollen der Prozessstoff begrenzt und die Verfahren gestrafft werden. Modifikationen im einstweiligen Rechtsschutz sollen in den genannten Verfahren dazu beitragen, dass schneller mit der Umsetzung von Vorhaben begonnen werden kann. Allgemein soll die Spezialisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Bereich der infrastrukturelevanten Verfahren weiter gefördert werden. Zudem werden energiewirtschaftliche Fachgesetze sowie das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz punktuell geändert, um auch an dieser Stelle verwaltungsgerichtliche Verfahren über Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen.

KIAN UND ELIAS – ZWEI PRAKTIKANTEN IM WAHLKREISBÜRO

Mein Name ist **Elias Thielke**. Ich bin 16 Jahre alt und komme aus Emmertal. Derzeit besuche ich die elfte Klasse des Viktoria-Luise Gymnasiums in Hameln. Meine Hobbys sind größtenteils musikalischer Natur, ich spiele zum Beispiel Waldhorn und Schlagzeug und mache Paartanz. Ich habe mich für dieses dreiwöchige Praktikum entschieden, weil ich mich schon immer für Politik interessiert und mich mit ihr beschäftigt habe. Da ich später vielleicht selber einmal ein Beruf in diesem Bereich ausüben möchte, ist dieses Praktikum perfekt, um das Leben und die Arbeit von Politikern und deren Angestellten kennen zu lernen. Johannes wirkte auf mich stets engagiert und bürgernah, weshalb ich mich für ein Praktikum bei ihm und seinem Büro entschieden habe. Auch die sozialdemokratischen Werte, die hier vertreten werden, waren ein Grund für meine Entscheidung.



Mein Name ist **Kian Mirzadeh** bin 16 Jahre alt, komme aus Hameln und besuche zur Zeit die 11. Klasse des Albert-Einstein-Gymnasiums Hameln. Im Rahmen des Schülerpraktikums vom 9.01-27.01 begleite ich Johannes Schraps als MdB. Meine Hobbys sind Geige und Klavier spielen.

Ich habe mich für dieses Schulpraktikum entschieden durch mein Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen. Natürlich sollen Diskussionen und Austausch auch stattfinden. Dennoch will man auch Einblicke in den Alltag eines Abgeordneten erhalten. Für mich ist dieses Praktikum sehr wichtig um zu klären ob ein Studiengang in diesem Bereich interessant ist und später natürlich ein Beruf. Weshalb ich mich für ihn und nicht für einen anderen Abgeordneten entschied: Weil er die freiheitlichen, demokratischen Werte unterstützt, was in dieser Zeit wichtiger denn je ist.

WAHLRECHTSREFORM

Wir verkleinern den Bundestag

Keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr



feste Größe von

598

Abgeordneten

SPD Fraktion im Bundestag

Wir verkleinern den Bundestag! Er ist in den vergangenen 20 Jahren viel zu groß geworden. Ein Hauptgrund dafür sind die sogenannten Überhang- und Ausgleichsmandate. Deshalb haben wir mit den anderen Ampel-Fraktionen einen Gesetzentwurf erarbeitet, der diese Mandate abschaffen wird. Dadurch kann der Bundestag künftig nicht mehr über die Regelgröße von 598 Abgeordneten hinaus anwachsen.

Was uns dabei besonders wichtig ist: Unser Gesetzentwurf betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen. Er ist eine historische Chance! Denn zur Wahrheit gehört: 16 Jahre lang haben CDU/CSU eine Verkleinerung des Bundestags verhindert - auch weil sich die CDU immer in der Geiselhaft der CSU befand, die besonders stark von den Überhangmandaten profitiert. Dieses einseitige Privileg schaffen wir endlich ab!

In der letzten Sitzungswoche haben wir den Gesetzentwurf zum ersten Mal im Bundestag beraten.

[Hier findet Ihr weitere Informationen:](#)

BESUCH DER BAHNHOFSSION IN HAMELN



den Praktikanten und mich zunächst über die Geschichte, Aufgabe und Probleme der Bahnhofsmision informiert. Bahnhofsmisionen gibt es bereits seit dem 19. Jahrhundert und wird in Hameln seit 1970 vom evangelischen Verein für die Stadt Hameln und Umgebung getragen. Die Arbeit der Bahnhofsmision wird finanziert durch Spenden, kirchliche Zuschüsse und durch Mittel des evangelischen Vereins.

Mit einer Belegschaft von sechs Mitarbeitern, von denen fünf ehrenamtlich arbeiten, betreuen sie durchschnittliche knapp 50 Gäste im Monat und führen monatlich um die 600 Gespräche. Das Erkennungszeichen der Bahnhofsmision ist die blaue Weste. Nach dem Gespräch hatte ich die Möglichkeit, selber mitzuhelfen und zu erfahren, wie sich das Tragen der blauen Weste anfühlt. Man erfährt viel Wertschätzung und Anerkennung. Es ist beeindruckend und

erstaunlich, was alles von der Bahnhofsmision geleistet wird. Denn sie hilft, entgegen der Vorurteile, nicht nur Hilfsbedürftigen, sondern jedem, der zu ihnen kommt. Egal ob es um einen persönlichen Notfall, eine Frage zum Schienenverkehr oder einfach um das Aufwärmen bei einem warmen Getränk geht. Ich habe an dem Tag gehört und gespürt, wie die Bahnhofsmision arbeitet, wie sie hilft, aber auch, womit sie in dieser Zeit zu kämpfen hat.



Ich bin viel mit Zug unterwegs und auf den Bahnhöfen sind mir immer wieder die blauen Westen der Bahnhofsmision aufgefallen und mich hat der Aufgabenbereich der Bahnhofsmision interessiert. In einem Gespräch am Hamelner Bahnhof hat mich Maria Wortmann von der Hamelner Bahnhofsmision eingeladen, doch einmal eine „Schicht“ am Hamelner Bahnhof zu begleiten. Sie hat meinen bei-

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva